

## Stellungnahmen zur CDU-Anfrage zum Thema Brandschutz – HFA 22.09.2025

Sehr geehrter Herr Fröhling,

hiermit beantworte ich Ihre Fragen vom 17. September zum Thema Brandschutz an städtischen Gebäuden – allerdings nicht einzeln, sondern aufgrund des Sachzusammenhangs bewusst in einem.

Die zuständigen Fachdienste, die Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) als Betreiber städtischer Gebäude und der Fachdienst Bauordnung als Prüfinstanz, stehen in einem ständigen Austausch, was den Brandschutz und die Sicherheit städtischer Gebäude angeht. Die Zusammenarbeit läuft professionell, konstruktiv und vertrauensvoll.

Beide Fachdienste stimmen sich in regelmäßig stattfindenden Gesprächsrunden, aber auch darüber hinaus über die Priorisierung von Brandschutzmängeln und deren Behebung ab. Hinzu kommen die sogenannten Wiederkehrenden Prüfungen (WKP) durch die Bauaufsicht, die gemäß PrüfVO NRW in nach Gebäudetypen festgelegten Abständen von drei oder sechs Jahren anstehen. Alles wird fortlaufend intern dokumentiert und aktualisiert.

Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2015 eine Arbeitsgruppe gegründet, bestehend aus je einem Mitarbeiter beider Fachdienste. Diese Gruppe hat in Abstimmung mit den jeweiligen Leitungen der ZGW und der Bauordnung einen Fahrplan zur Abarbeitung und Priorisierung von Brandschutzmaßnahmen erstellt, der konsequent abgearbeitet und nach Erfordernissen angepasst wird. Auf diesen Fahrplan haben alle Beteiligten über einen Tauschordner jederzeit uneingeschränkt Zugriff.

Die Priorisierung der zu erledigenden Brandschutzmaßnahmen ist in drei Kategorien unterteilt: A (kurzfristig zu erledigen), B (mittelfristig) und C (langfristig). Vor diesem Hintergrund ist bei der Auflistung von Mängeln eine Unterscheidung zwischen Qualität und Quantität entscheidend. Zwei Beispiele dafür:

- Wenn eine Brandschutztüranlage leicht über den Boden schleift, aber ansonsten voll funktionsfähig ist, wird das bereits als leichter bis mittelschwerer Mangel aufgelistet.
- Das gilt auch für einen defekten Rauchmelder an einer Brandschutztür mit Feststellanlage, obwohl der Mangel lediglich darin besteht, dass die Tür nicht mehr automatisch offengehalten wird und von Hand geöffnet werden muss. Ihre originäre Aufgabe, die Ausbreitung von Rauch zu verhindern, erfüllt die Tür weiterhin, da sie geschlossen ist und nach dem Öffnen automatisch zufällt.

Darüber hinaus binden die ZGW und die städtische Bauordnung auch die Feuerwehr sowie die vorbeugende Brandschutzdienststelle regelmäßig in Belange zum Thema Brandschutz ein, sodass eine weitere Kontrollebene vorhanden ist. Und: Es wurden auch extern erstellte Brandschutzkonzepte bei staatlich anerkannten Sachverständigen in Auftrag gegeben, die beide Fachdienste in gemeinsamen Gesprächsrunden mit diesen Sachverständigen abgestimmt hatten. Das war erstmals 2014 der Fall.

ZGW und Bauordnung haben einen gemeinsamen Ablaufplan zur Beseitigung von Brandschutzmängeln abgestimmt und gemeinsam abgearbeitet. Höchste Priorität hatte dabei die Einrichtung des ersten und zweiten Rettungsweges. Das ist inzwischen für alle Gebäude erfolgt – zum Beispiel durch den Anbau von Fluchttreppen oder sogenannten Bypässen. Damit können Personen, die sich im Innern aufhalten, städtische Gebäude im Notfall jederzeit sicher verlassen. Hinzu kommen Sofortmaßnahmen wie die Sicherung von Gebäuden durch Frühwarnerkennung und funkvernetzte Rauchmelder, die es ermöglichen, Menschen rechtzeitig vor einem Feuer und vor Rauchausbreitung zu warnen, um eine schnelle Evakuierung einzuleiten.

Zahlreiche Baumaßnahmen der Priorität A (kurzfristig zu erledigen) sind in der jüngeren Vergangenheit umgesetzt worden. Exemplarisch seien hier die Grundschule Tinsberg und das Kulturhaus genannt. Für die Jahre 2016 bis 2024 sind mindestens vier Millionen Euro allein in die Mängelbeseitigung nach Wiederkehrenden Prüfungen an städtischen Gebäuden investiert worden. Hinzu kommen diverse im Haushalt angemeldete Einzelmaßnahmen, mit denen bei den WKP festgestellte Mängel zeitnah abgestellt und behoben wurden. Als Beispiele seien hier die brandschutztechnische Komplettanierung des Bergstadt-Gymnasiums (BGL), der Pausenhalle der Hauptschule Stadtpark und die jährlich zur Verfügung gestellten Mittel für das Kulturhaus genannt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen summiert sich auf mehrere Millionen Euro. Im städtischen Haushalt wird außerdem jährlich ein Betrag von rund einer Million Euro vorgesehen, der für die Investition in Brandschutzmaßnahmen reserviert ist.

Ebenfalls wichtig zu erwähnen: 2024 stand die Wiederkehrende Prüfung für gleich mehrere besonders wichtige städtische Gebäude an. Ergebnis der WKP: In dem Großteil der Gebäude, darunter das Zeppelin-Gymnasium und die Knapper Schule, gab es keinerlei Brandschutzmängel zu beanstanden.

Ich komme zum Ende. Brandschutz war, ist und bleibt ein immens wichtiges Thema, dem in unserem Hause allerhöchste Priorität eingeräumt wird – auch von meiner Person. Ich vertraue dabei auf die Professionalität und Expertise meiner Kolleginnen und Kollegen, die Fachleute in Sachen Brandschutz sind und ihren Aufgaben verantwortungsbewusst nachkommen. Das setze ich nicht nur voraus, sondern bringe das auch in Gesprächen mit den betreffenden Personen deutlich zum Ausdruck. Bei Fragen, Problemen und Klärungsbedarf steht Kolleginnen und Kollegen meine Tür jederzeit offen.

Sehr geehrter Herr Fröhling, lieber Oliver,

lassen Sie mich im Anschluss an die Darstellung des Sachverhalts noch einige persönliche Anmerkungen zu Ihrer Anfrage machen. Zunächst einmal haben mich die Art, die Form und auch der Zeitpunkt Ihrer Anfrage überrascht. Sie ist unmittelbar nach einer ganz ähnlich lautenden Anfrage aus den lokalen Medien in der vergangenen Woche hier eingegangen und wurde über das Wochenende und auch heute noch durch verschiedene Internet-Blogs und Berichte begleitet – wenige Tage vor einer anstehenden Stichwahl. Damit entsteht leider zwangsläufig der Eindruck, dass es weniger um die inhaltliche Klärung des Sachverhalts geht, sondern vielmehr darum, den amtierenden Bürgermeister in einem sensiblen Moment politisch unter Druck zu setzen.

Verstärkt wurde dieser Eindruck durch öffentliche Kommentierungen, u.a. die des gewählten Landrats, der die Berichterstattung der Lüdenscheider Nachrichten online geteilt und mit den Worten „Kann Krise? Macht Krise‘ passt wohl besser...“ versehen hat. Wenn ein so verantwortungsvolles Amt die Diskussion auf diese Weise zuspitzt, entsteht unweigerlich das Bild, dass es hier nicht mehr um eine sachliche Auseinandersetzung, sondern schlicht um persönliche und politische Diskreditierung vor einer Stichwahl geht.

Ich finde es wichtig, diesen Zusammenhang auch hier offen zu benennen – und zwar nicht aus persönlicher Betroffenheit oder Befindlichkeit. Sondern aus einem, wie ich finde, viel schwerer wiegenden Grund. Denn bei aller inhaltlichen Diskussion, die geführt werden soll, darf nicht übersehen werden, dass hier gleichzeitig das Vertrauen in die Verwaltung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschädigt wird. Seit Wochen wird in der öffentlichen Debatte suggeriert, die Verwaltung sei dysfunktional, sie bremse mehr, als dass sie helfe – und jetzt sogar: Sie nehme sogar Gefahren bewusst in Kauf.

Diese Unterstellung weise ich entschieden zurück. Sie ist nicht nur falsch, sie ist auch unfair und völlig unangemessen gegenüber den vielen Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag mit hoher Verantwortung, großem Engagement und Fachwissen für die Sicherheit in unseren Schulen arbeiten. Niemand in diesem Haus – ich ausdrücklich eingeschlossen – würde jemals wissentlich Kinder in Schulen schicken, in denen eine reale Gefahr für Leib und Leben besteht.

Im Gegenteil: Wir haben in der Vergangenheit mehrfach unter Beweis gestellt, dass wir im Zweifel harte Entscheidungen treffen, wenn es die Sicherheit erfordert – etwa mit den Schließungen an der Grundschule Lösenbach, der Westschule oder aber der Turnhalle an der Adolf-Reichwein-Gesamtschule, an der wir teilweise sogar Vorhaltungen aushalten mussten, ob wir nicht gar zu übervorsichtig agiert hätten. Diese Entscheidungen waren nicht einfach. Sie waren schmerzhaft, aber sie waren notwendig. Genau das zeigt, mit welchem Verantwortungsbewusstsein die Verwaltung handelt.

Es bleibt daher festzuhalten:

- Wir nehmen unsere Verantwortung für die Sicherheit sehr ernst und handeln entsprechend.
- Die Verwaltung ist weder dysfunktional noch gleichgültig, sondern verantwortungsvoll und umsichtig.
- Politische Zuspitzungen, wie sie zuletzt auch durch den gewählten Landrat befördert wurden, tragen nicht zu einer sachlichen Klärung bei, sondern schaden dem Ansehen der Verwaltung insgesamt.

Ich finde, diese Debatte sollte nicht auf dem Rücken derjenigen geführt werden, die in ihrem Arbeitsalltag mit großem Einsatz für die Sicherheit und das Wohl der Kinder sorgen.

Lassen Sie es mich abschließend noch einmal deutlich machen und nochmal pointiert zusammenführen:

1. Was das Ziel der Anfrage ist, wird ja deutlich. Nicht durch Ihre Anfrage selbst, deren grundsätzliche Legitimität ich gar nicht in Abrede stellen will, aber durch Art, Form und Zeitpunkt sowie passende und offensichtlich abgestimmte Begleitung und Verbreitung von teils respektlosen, diffamierenden und diskreditierenden Online Beiträgen gegen den Bürgermeister (von Blogg-Einträgen bis zur KI)
2. Das ist das eine. Wenn man meint, man muss das so tun, auch mir gegenüber, dann nehme ich das zur Kenntnis.
3. Was ich aber nicht bereit bin einfach so hinzunehmen, ist der Kollateralschaden, der entsteht, weil nicht ich allein getroffen werde. Es werden Ängste geschürt – vollkommen ohne Not –, ob Eltern ihre Kinder mit einem guten Gefühl in die Schule schicken können. Es wird die Verwaltung, und eben nicht nur der Bürgermeister, öffentlich in ein Licht gerückt, das dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen an diesen zentralen Stellen nicht im Ansatz gerecht wird.

Noch einmal deutlich: Durch die gesamte Aktion wird hier zumindest billigend in Kauf genommen, dass der Eindruck entsteht, dass die Stadt Lüdenscheid Kinder und Jugendliche bewusst Gefahren für Leib und Leben aussetze. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, und dafür fehlt mir unabhängig von Wahlen, Stichwahlen oder sonstiger politischer Fragen, jedwedes Verständnis.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!